

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

American Psycho

Jörn Schulz

Der Aufstieg Donald Trumps ist nicht nur ein vorübergehender Spuk, sondern Ausdruck einer Entfesselung des autoritären Charakters, die die Demokratie gefährdet.

Anfangs wurde Donald Trumps Kandidatur belächelt. Doch nun lacht selbst im Lager der Republikaner keiner mehr. Die Neokonservativen schäumen angesichts der von Trump propagierten erratischen Außenpolitik und seiner Vorliebe für Putin bereits seit Monaten vor Wut. Und spätestens seit vergangene Woche abermals extrem sexistische Äußerungen Trumps bekannt wurden, scheint es mit der Parteidisziplin der Republikaner endgültig vorbei zu sein: Öffentlichkeitswirksam rückte sogar Paul Ryan, Sprecher des Repräsentantenhauses, „angeekelt“ von „seinem“ Präsidentschaftskandidaten ab.

Trumps Anhänger zeigen sich von all dem unbeeindruckt. Während er in den Medien auch nach den ersten beiden Fernsehduellen mit Hillary Clinton einmal mehr als populistischer Exzentriker dargestellt wird, der mit seinen als niveaulos, bizarr und extremistisch empfundenen Aussagen Stimmen gewinnen will, erleben seine potenziellen Wähler ihn weiterhin als tapferen Streiter gegen das Washingtoner Establishment.

Doch auch sie werden häufig nicht ernst genommen. So gilt es als Kuriosität, wenn ein Fan bei einer Umfrage

des Magazins „The Atlantic“ bekennt: „Ich will die Welt nur brennen sehen. (...) Wenn alles niedergebrannt ist, können wir vielleicht die verfassungsgebende Versammlung haben, die wir wirklich brauchen.“

Trumps Agenda weist ähnlich irre Züge auf. Die Abschiebung von mehr als elf Millionen „Illegalen“ wäre die größte Massendeportation seit der Stalin-Ära und ein humanitäres Desaster, das selbst die meisten Diktatoren vermeiden würden. Die Aneignung der Ölquellen Libyens und des Irak wäre ein Rückfall in die Epoche kolonialer Raubzüge und angesichts der enormen Kosten moderner Kriege noch nicht einmal ein gutes Geschäft. Die einseitige Aufkündigung von Handelsverträgen wäre der sichere Weg in eine Weltwirtschaftskrise, von der auch Trumps Privatvermögen nicht verschont bliebe. Kann er all das ernst meinen?

Yes, he can. Trump mag mal konfus, mal wie ein testosterongesteuerter Triebtäter wirken. Doch seine Rhetorik ist nicht so wirr, wie sie wirkt. „Ich bin eure Stimme“ - das ist Trumps zentrale Parole. Wenn seine Aussagen sich im Nirwana zu verlaufen scheinen, hat er nicht den Faden verloren. „Er weiß, dass seine Zuhörer seine Sätze für ihn beenden“, urteilt der Linguist George Lakoff. Was Zuhörer und Redner denken, muss nicht mehr ausgesprochen werden. Dieser rhetorische Kniff erlaubte es, beson-

ders Kontroverses nur anzudeuten. Doch Trump bestreitet seinen Wahlkampf mit rechtsextremen Parolen, deren Widerspruch zum nationalen und internationalen Recht offensichtlich ist.

Trump befürwortet Raubkriege, Folter und die Ermordung von Zivilisten. Um die mexikanische Regierung zur Bezahlung der Grenzmauer zu zwingen, will er Überweisungen nach Mexiko verbieten. Er spricht Amerikanern mit ausländischen Vorfahren nach Belieben die Staatsbürgerschaft ab und macht damit deutlich, dass es ihm nicht allein um die „Illegalen“ geht. Nachdem Trumps fanatisierte Anhänger immer wieder die Inhaftierung, manche gar die Hinrichtung Hillary Clintons gefordert hatten, entgegnete er bei der zweiten Fernsehdebatte am vergangenen Sonntag auf deren Aussage, es sei gut, dass er nicht für die Gesetze der USA zuständig sei: „Weil Sie im Gefängnis wären.“ Mit seiner mehrfach wiederholten Behauptung, ein Wahlbetrug stehe bevor, greift Trump das demokratische Verfahren an.

„Ich bin eure Stimme“ - wer sind sie? Und wie viele? Trumps protektionistische Parolen und sein Versprechen, er werde renitente Unternehmer dazu zwingen, auf Betriebsverlagerungen zu verzichten, machen die These glaubhaft, viele folgten ihm aus ökonomischen Motiven. Diese Wähler müssen jedoch entweder gänzlich

interesse- und empathielos sein, was Rassismus und Misogynie betrifft, oder manche Ressentiments Trumps teilen. Den harten Kern hat Clinton wohl zutreffend mit etwa der Hälfte der Anhänger Trumps angegeben, unter Berücksichtigung des Nichtwähleranteils von mehr als 40 Prozent wären das etwa 13 Prozent der Wahlberechtigten.

Bislang wurde dem Antifeminismus Trumps zu wenig Beachtung geschenkt.

Als „activated authoritarianism“ bezeichnet eine Gruppe von US-Wissenschaftlern den Erfolg Trumps unter rechten Weißen. Ihre Forschungsergebnisse, dargestellt in „The rise of American authoritarianism“ im Online-Portal Vox, besagen, dass die Ansichten, denen Trump eine Stimme verleiht, in der US-Gesellschaft immer vorhanden waren. Aktiviert werden die Autoritären nicht durch Einkommens- oder Arbeitsplatzverlust, sondern durch einen tatsächlichen oder imaginierten Statusverlust, etwa durch den Aufstieg von Angehörigen der Minderheiten, den sie als Bedrohung der sozialen Hierarchie wahrnehmen. Einmal in Schwung gekommen, ordnen sie sich nicht ohne weiteres wieder ein und unter geeig-

Donald Trump mag womöglich gehen, doch sie bleiben: Die von Trump und seinem Mob ausgehende Faschisierung erfasst große Teile der Republikanischen Partei sowie eine bedeutende Minderheit der Gesellschaft.



neten Bedingungen kann die Bewegung viele mitreißen, die nicht dem Profil des Autoritären entsprechen.

Die Aktivierung erfolgt durch einen „trigger“, und der wohl wichtigste „trigger“ ist die Schwächung der rassistischen Hierarchie, symbolisiert durch die Präsidentschaft Barack Obamas - nicht nur ein Schwarzer, sondern ein schwarzer Intellektueller, der seine Bildung nicht verbirgt. „Check deine Privilegien“ - Millionen Weiße sind zu dem Schluss gekommen, dass sie sie behalten und verlorene wieder zurückgewinnen wollen. Das gilt für das „Trumpenproletariat“, weiße Arbeiter und Angehörige der unteren Mittelschicht, doch folgen ihm auch bildungsfeindliche Akademiker sowie viele Wohlhabende und Reiche. Ein Mangel der bisherigen Forschung ist, dass sie dem Antifeminismus zu wenig Beachtung schenkt. Dass der Mann seine Machtposition als „Ernährer der Familie“ verloren hat, gehört sicher zu den Motiven der Anhänger Trumps. Hier ist der „trigger“ Hillary Clinton, die Karrierefrau schlechthin, die nun auch noch ihren Ehemann in den Schatten stellt.

In seinen „Studien zum autoritären Charakter“ hat der Soziologe Theodor W. Adorno vor 70 Jahren den Typus des Pseudokonservativen herausgearbeitet. Trump und dessen Anhänger werden dadurch exakt charakterisiert: „Ein Mann, der im Namen der traditionellen amerikani-

schen Werte und Institutionen und zu ihrer Verteidigung gegen mehr oder weniger fiktive Gefahren bewusst oder unbewusst danach trachtet, sie abzuschaffen.“ Der Pseudokonservative zeigt „Konventionalität und autoritäre Unterwürfigkeit in der bewussten Sphäre, begleitet von Gewalttätigkeit, anarchistischen Impulsen und chaotischer Destruktivität in der unbewussten“. Er will die Welt brennen sehen, auch wenn er das noch nicht weiß.

Trump erfüllt fast alle Merkmale der von dem Kriminalpsychologen Robert Hare erstellten Psychopathen-Checkliste und prahlt geradezu mit seiner brutalen Empathielosigkeit. Nicht trotzdem, sondern gerade deshalb ist er so populär. Das psychopathische Element, der Wille, ohne Rücksicht auf den Schaden für andere und sogar für sich selbst Stärke zu zeigen, und der halbbewusste Wunsch, in einer postapokalyptischen Welt archaischer Männlichkeit zu frönen oder es wenigstens mal richtig krachen zu lassen, muss ernst genommen werden.

Leider dürfte die Adorno-Lektüre im republikanischen Establishment nicht weit verbreitet sein. Die Republikanische Partei hat Rechtsextreme immer integriert, aber auch marginalisiert, durch die Radikalisierung ihrer Politik während der Präsidentschaft Obamas aber den Weg für Trump geebnet, der nun gängige republikanische Propaganda zu rechtsextremen Parolen zuspitzt.

Schon früher hatten prominente Republikaner wie Ted Cruz die Ansicht vertreten, der zweite Verfassungszusatz (Second Amendment) garantiere nicht nur das Recht auf individuellen Waffenbesitz, sondern auch auf einen bewaffneten Aufstand gegen „Tyrannei“ - die sich aus der Sicht der republikanischen Rechten im Ausbau des Sozialstaats oder einem angeblich illegitimen Präsidenten manifestieren kann. Eine Propagandaformel, die mit Trumps Aussage, die „Second Amendment People“ könnten etwas gegen Clinton unternehmen, Brisanz erhält.

Die Bezugnahme auf rechtsrepublikanische Lehren, das Zusammenspiel von Trump und seinen Helfern nach dem Muster „Provokation - Medienschele wegen Kritik der Provokation - scheinbarer Teilrückzug - Bestätigung der Provokation mit anderen Worten“ und die Eskalationslogik der Wahlkampagne belegen, dass die Delegitimierung der Demokratie ein strategisches Projekt ist. Die von Trump und seinem Mob ausgehende Faschisierung erfasst große Teile der Republikanischen Partei sowie eine bedeutende Minderheit der Gesellschaft.

Es gibt jedoch eine starke Gegenbewegung, und Trump entfremdet sich mehr und mehr von Wechselwählern und gemäßigten Konservativen. Nach dem „Tapegate“ der vergangenen Woche ist sein Wahlsieg unwahrscheinlicher denn je. „Grab

them by the pussy“ und das Geständnis strafbarer sexueller Übergriffe führten zu weiteren Distanzierungen führender Republikaner. Trumps aggressive Haltung bei der zweiten Fernsehdebatte konnte nur die ohnehin Überzeugten ansprechen.

Sollte Trump trotz allem Präsident werden, würden eine Gesetz- und Verfassung achtende zivile und militärische Bürokratie sowie der Supreme Court das Schlimmste verhindern. Doch könnte seine Niederlage für die Demokratie in den USA langfristig sogar gefährlicher sein. Trump rekrutiert bereits „Wahlbeobachter“, die den Ablauf stören könnten. Auch wenn er es bei Manipulationsvorwürfen und der Forderung belassen wird, Clinton müsse inhaftiert werden - in jedem Fall wird ihre Präsidentschaft den Rechtsextremen als illegitim gelten und ein Teil des republikanischen Establishments wird einmal mehr dem Mob folgen. Trump hat das Kapital und die soziale Basis, um im Spiel zu bleiben, etwa mit einem eigenen Fernsehsender. Falls er sich zurückziehen sollte, blieben mehr als 30 Millionen aufgebracht und zu einem beachtlichen Teil bewaffnete Rechtsextreme zurück, die sich betrogen fühlen.

Jörn Schulz ist Redakteur der in Berlin erscheinenden Wochenzeitung „Jungle World“.